

Calwer Zeitung

HEIMATBLATT FÜR STADT UND LAND

MITTWOCH, 23. APRIL 1952

ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

8. JAHRGANG / NR. 63

Adenauer gibt zur Saarfrage heute Regierungserklärung ab

SPD-Entscheidung: Saar nach Völkerrecht deutsches Staatsgebiet

Drahtbericht unserer Bonner Redaktion

BONN. In der heutigen Saardebatte des Bundestags werden die Regierungsparteien mit Nachdruck die Forderung auf Herstellung der demokratischen Freiheiten an der Saar vertreten. Bundeskanzler Dr. Adenauer, der seine angekündigte kurze Regierungserklärung am Dienstag mit den Koalitionsparteien abstimmt, wird voraussichtlich auf den Inhalt des am Dienstag in Bonn eingetroffenen Antwortbriefes des französischen Außenministers Schuman Bezug nehmen können.

In diesem Zusammenhang wird in Kreisen der Regierungsparteien betont, daß die vorgesehenen deutsch-französischen Verhandlungen über die Saar zur Herstellung der Voraussetzungen für eine Dauerlösung ausgenutzt werden müssen. Die SPD brachte im Bundestag eine Entschließung zur Saarfrage ein, die feststellt, daß das Saargebiet nach Völkerrecht deutsches Staatsgebiet ist und die tatsächliche Abtrennung der Saar gegen die Grundsätze der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts erfolge. Nur durch das gesamte deutsche Volk könne rechtmäßig über deutsches Staatsgebiet verfügt werden. Der Bundestag soll beschließen, daß er keiner Regelung zu-

stimmen werde, die diesen Grundsätzen widerspricht. Ob die Regierungsparteien diese Entschließung bejahen werden, stand am Dienstagabend noch nicht fest, da die Sitzungen der Fraktionen noch andauerten.

Ebenfalls am Dienstag begann die Informierung der Regierungsparteien über die deutsch-alliierten Verträge durch Sachverständige des Außenministeriums. Wie der Regierungssprecher bekannt gab, soll auch die Opposition „alsbald“ über die Verträge orientiert werden. In der Kabinettsitzung referierte Dr. Adenauer über den Stand der deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen. Konkrete Angaben über Ort und Zeitpunkt der Unterzeichnung der Verträge würden erst in der vorletzten oder letzten Konferenz möglich sein. Hierzu erfahren wir ergänzend, daß zwar kein offizielles Schreiben Achesons vorliegt, die Bundesregierung von amerikanischer Seite jedoch informiert wurde, daß der Außenminister nach Europa kommen wird, wenn die auch gestern fortgesetzten Vertragsverhandlungen, wie angestrebt, bis zum 10. Mai abgeschlossen werden können.

Die Aussprache des Kabinetts über die letzte

sowjetische Note führte zu der Auffassung der Regierung, daß eine weitere Präzisierung des sowjetischen Standpunktes erreicht werden müsse. Der Bundeskanzler brachte erneut zum Ausdruck, daß er auch in der zweiten Sowjetnote einen Versuch sehe, Deutschland zu neutralisieren und aus der westlichen Gemeinschaft herauszulösen.

Das Bundeskabinett billigte gestern die Entwürfe eines Bundesministergesetzes und eines Gesetzes „Ruhebezüge des Bundespräsidenten“. Letzteres Gesetz sieht vor, daß der Bundespräsident nach Beendigung seiner Amtszeit für weitere drei Monate seine vollen Amtsbezüge ohne Aufwandsentschädigung erhält. Danach wird ihm für ein Jahr ein Übergangsgeld in Höhe von drei Vierteln seiner Bezüge gezahlt. Nach Ablauf dieser Übergangszeit erhält er einen Ehrensold, der die Hälfte seiner Amtsbezüge beträgt.

Die Fragen der Mietpreisangleichung und des Kohlenpreises wurden im Kabinett erörtert, ohne daß es zu Entscheidungen kam.



Der Premierminister Indiens, Pandit Nehru (links), empfing in Neu Delhi den diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik, Dr. E. W. Meyer, kurz nach seiner Ankunft

Bemerkungen zum Tage

Um die Revisionsklausel

H. Der Generalvertrag, schon im vorigen Jahr als „nahezu fertig“ bezeichnet, steht wieder im Vordergrund der politischen Erörterungen. Erst erregte eine mißverständliche Erklärung General Hays Aufsehen, die den Eindruck erweckte, als solle der Vertrag schon vor der Ratifizierung in Kraft treten. Dann folgte eine nur wenig klarere Stellungnahme der Bundesregierung über die Revisionsklausel des Vertrages. Wie sieht es um die so wichtigen Fragen des Inkrafttretens der Revisionsmöglichkeit des Vertrages nun aus? Selbstverständlich muß der Vertrag von den Parlamenten aller Signatarstaaten erst ratifiziert sein, bevor er rechtlich gültig werden kann. Es steht den Besatzungsmächten aber selbstverständlich frei, schon vorher einseitig erlassene Gesetze und Bestimmungen oder bisher beanspruchte Vollmachten aufzugeben. Das ist auch im begrenzten Umfang vorgesehen und bedarf nicht der parlamentarischen Zustimmung von Washington, London, Paris. Aber das ändert nichts daran, daß die Bundesrepublik erst dann im vollen Maße die in den deutsch-alliierten Verträgen vorgesehene Stellung haben wird, wenn alle Ratifikationsurkunden hinterlegt worden sind. Sollte der amerikanische Kongreß, entgegen den in Bonn zu hörenden Meinungen die Verträge in dieser Sitzungsperiode nicht mehr billigen können, so wäre das gleichbedeutend mit einer Verzögerung des Inkrafttretens. Ob man, um dem vorzubeugen, noch eine Bestimmung beschließt, daß der Vertrag in Kraft treten soll, wenn drei der vier Signatarstaaten die Ratifikationsurkunden hinterlegt haben, ist vorerst ungewiß und unwahrscheinlich.

Was die im Generalvertrag vorgesehene Revisionsklausel angeht, so ist für die das Londoner Abkommen grundlegend, das zur Konstituierung der Bundesrepublik als einem „Provisorium“ führte, wie es dann auch im Grundgesetz bestätigt worden ist. Die rechtliche Möglichkeit einer Aufhebung des Generalvertrages und seiner Ersetzung durch einen Friedensvertrag oder einen entsprechenden Vertrag wird also verankert sein. Bei den Zusatzverträgen werden „Revisionen von Fall zu Fall“ grundsätzlich nicht akzeptiert, so daß sie im Prinzip der Revisionsklausel des Generalvertrages unterworfen bleiben sollen. Möglich, daß auch in der letzten Fassung der Zusatzverträge für einzelne Fragen noch Wege gefunden werden, um zu Übergangslösungen oder vorläufigen Regelungen zu kommen.

Bürgerliche Koalition?

Jk. Seitdem am vergangenen Wochenende die CDU-Verhandlungskommission ihr Friedensangebot an die DVP machte, beginnen sich in den erbitterten Kämpfen um die Regierung im Südweststaat die Fronten zu klären.

Eine weitere Bereinigung der Atmosphäre hat zweifellos das Antwortschreiben der CDU an die DVP herbeigeführt. Mit Überraschung stellt man fest, daß hier Gegensätze bereinigt werden, die überhaupt nicht vorhanden waren. Wenn aber durch einen solchen (a im Binnenverkehr in der Regel nicht üblichen) Notenwechsel endlich die eine Verständigung hemmenden Mißverständnisse ausgeräumt werden, dann will man sich das noch gefallen lassen — auch wenn darüber viel kostbare Zeit verschwendet wurde.

Jetzt gilt es also, die beiden bis zum Wahltermin verbleibenden Tage zu nutzen, denn der CDU-Brief läßt an nachdrücklicher Deutlichkeit hinsichtlich der Ministerpräsidentenwahl nichts zu wünschen übrig. Das Zusammentreffen der beiden führenden Männer Dr. Gebhard Müller und Dr. Reinhold Maier läßt nach Lage der Dinge darauf schließen, daß seitens der CDU eine Verständigung in letzter Stunde mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf persönliche Vorbehalte gesucht wird.

Wie sich die Dinge heute ansehen, dürfte zweierlei feststehen: einmal, daß der Traum einer großen Koalition ausgeräumt ist, und zum anderen, daß die Kandidatur Dr. Reinhold Maiers sichergestellt erscheint. Nicht entschieden ist noch, welche Parteien die Regierungskoalition bilden. Weiß man aber, daß die Montagbesprechungen BHE-DVP-SPD unter dem ausdrücklichen Vorbehalt weiterer Verhandlungen zwischen DVP und CDU geführt wurden und läßt man auch die Konsequenzen für die Wirksamkeit des neuen Landes im Bundesrat nicht außer acht, dann dürfte sich die Waage der Entscheidung nicht unerheblich nach der Seite einer kleinen Koalition bürgerlicher Prägung — CDU und DVP — neigen.

Ministerpräsidentenwahl

Nach dem Entwurf des Verfassungsausschusses

Jk. STUTTGART. In ihrer Plenarsitzung nahm die Verfassungsgebende Landesversammlung gestern den Entwurf des Gesetzes über die Wahl des ersten Ministerpräsidenten im südwestdeutschen Bundesland in zweiter und dritter Beratung einstimmig an. Der Ministerpräsident wird danach von der Verfassungsgebenden Landesversammlung mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen gewählt. Wird im ersten Wahlgang diese Mehrheit nicht erreicht, so findet frühestens nach drei Tagen, spätestens binnen einer Woche, ein zweiter Wahlgang statt, für welchen die gleiche Mehrheit erforderlich ist. Bleibt auch dieser Wahlgang erfolglos, so ist binnen drei Tagen ein dritter Wahlgang vorzunehmen; in diesem ist gewählt, wer die meisten Stimmen erhält.

Abg. Prof. Dr. Erbe (DVP) erläuterte als Berichterstatter den Gesetzentwurf. Das Gesetz tritt ab 24. April in Kraft.

Größte Atombombenexplosion

NEVADA. Über der Sandwüste Nevadas erfolgte gestern die wahrscheinlich größte Atombombenexplosion, die je über dem amerikanischen Kontinent ausgelöst wurde.

Nur fünf Kilometer vom Explosionsherd entfernt duckten sich 1500 amerikanische Soldaten in ihren Löchern, als die Bombe in 1200 bis 1500 Meter Höhe unter einem makellos blauen Himmel detonierte. Als nach einigen Sekunden der Feuerball erlosch, erhob sich majestätisch die für alle Atomexplosionen charakteristische pilzförmige Wolke über der Wüste. Zuerst leuchtete sie in einem bösartigen Schwefelgelb, dann violett und schließlich schneeweiß. Ungefähr 14 000 Meter über dem Boden löste sich eine Eiskappe ab und schwamm über dem riesigen Wolkenball.

Halacz widerruft sein Geständnis

Angeblich wußte er nicht, was die Pakete enthielten / Nur Verzögerungstaktik

Drahtbericht unseres Sonderkorrespondenten G. M. Galweit

VERDEN. Schon am Nachmittag des ersten Verhandlungstages im Prozeß gegen den jugendlichen Bombenattentäter Erich v. Halacz sorgte der Angeklagte für die erste Sensation. Auf die sehr plötzlichen Fragen des Vorsitzenden Dr. Katz, ob er die drei Bombenpakete selbst angefertigt und zur Post gegeben habe, widerrief er das in der Voruntersuchung gemachte Geständnis. Er gab lediglich zu, die Pakete in Bremen und Verden aufgegeben zu haben, wollte aber angeblich zu diesem Zeitpunkt noch nicht gewußt haben, was sie enthielten.

Die sehr eindringlichen Vorhaltungen des Vorsitzenden bewegten ihn zu keiner Willensäußerung mehr. Über alle wesentlichen Einzelheiten, besonders über die Frage nach den angeblichen Urheber der Attentate verweigerte er stereotyp die Aussage. Der Vorsitzende ging in Anschluß daran die letzten Tage vor dem Attentat Punkt für Punkt nach den vorliegenden Protokollen durch. Bei den meisten Fragen verweigerte Halacz wieder die Aussage. Er gab lediglich zu, die Sprengstoffe, die Zünder, die Paketadressen und anderes Material besorgt zu haben. Auch die Adressen schrieb er selbst. Er will aber nicht gewußt haben, zu welchem Zweck dies geschah. Es sei ihm das erst nach den Explosionen klar geworden. Auf wiederholte Fragen des Vorsitzenden und des Staatsanwalts machte er ebenfalls von seinem Recht der Aussageverweigerung Gebrauch.

Der Vormittag war demgegenüber sehr ruhig verlaufen. In einer Atmosphäre sichtlich starker Spannung hatte Landesgerichtsdirektor Katz die Verhandlung vor völlig über-

fülltem Schwurgerichtssaal eröffnet. Halacz wurde, an einen Justizbeamten gefesselt, vorgeführt. In einem braunen Anzug mit weißem Oberhemd und weinroter Krawatte machte er einen betont gepflegten Eindruck. Das leicht gewellte dunkle Haar war sorgfältig gekämmt. Seine Gesichtszüge sind weiß und weiblich. Er wirkt dabei nicht unsympathisch. An einem anderen Ort hätte man ihn ohne weiteres für einen harmlosen „jungen Mann aus gutem Hause“ gehalten. Sein Blick ruhte meist auf dem Vorsitzenden. Nur ab und zu streift er interessiert über die dicht gedrängt besetzten Pressebänke, auf denen 40 Berichterstatter kaum noch Bewegungsfreiheit hatten.

Der Lebenslauf des Angeklagten, der am 29. 11. 1929 in Düsseldorf, wenige Tage nach der Scheidung seiner Mutter von dem Dentisten Wendewitz, unehelich geboren wurde, gleicht einer einzigen endlosen Kette von Hochstapeleien, Diebstählen und anderen kriminellen Delikten, die größtenteils seinem krankhaften Geltungsbedürfnis entspringen sein dürften. Schon 16jährig, brannte er nach Hannover durch und besorgte sich Ausweispapiere als Auslandsschweizer. In Frankfurt glückte es ihm, einen Reisbefehl nach Basel zu bekommen. In Bern war er Hotelboy, bis eine goldene Uhr verschwand. Dabei entdeckte man seine gefälschten Papiere, 30 Tage Gefängnis und die Abschiebung nach Deutschland waren die Folgen. Nun wandte er sich in Frankfurt ganz und gar dem Schwarzmarkt zu. Eine Straftat folgte der anderen. Er nannte sich abwechselnd Claude v. Halacz oder Gérard de Haller. Als ihm der Boden heiß unter den Füßen wurde, rückte er in die Ostzone ab. Nach der Währungsreform kehrte er zurück. Sein Pflegevater Keese brachte ihn bei seiner Firma unter. Hier machte Halacz seine erste Bekanntschaft mit Sprengstoffen.

Für die Bekenntnisschule

Landesbischof D. Haug: Status quo in Württembg.-Hohenzollern auf längere Zeit

Jk. STUTTGART. In ihrem Absagebrief an die CDU vom Freitag vergangener Woche hatte die SPD die Verankerung des status quo in der Schulfrage u. a. deshalb abgelehnt, „weil sie in Übereinstimmung mit dem Memorandum der Oberkirchenräte der beiden evangelischen Landeskirchen in Württemberg-Baden der Meinung sei, daß die in Südwürttemberg bestehende Schulgesetzgebung eine die stetige Entwicklung des Schulwesens wenig fördernde Lage darstelle.“ Gegen diese Berufung der SPD auf das Memorandum der Oberkirchenräte wendet sich nunmehr der Landesbischof der württembergischen evangelischen Landeskirche.

Landesbischof D. Haug bringt in einem Schreiben an Ministerpräsident Dr. Maier, Staatspräsident Dr. Müller und Generaldirektor Möller (SPD) zunächst die Befürchtung zum Ausdruck, es schienen Bestrebungen im Gange zu sein, in der Schulfrage Vorentscheidungen zu treffen, ohne in genügender Weise auf gewordene Verhältnisse Rücksicht zu nehmen. Weshalb die beiden Oberkirchenräte in ihrem gemeinsamen Memorandum in möglichst kurzer Begründung in der Frage der

Schulform den Standpunkt eingenommen hätten, daß bis zu einer gesetzlichen Neuordnung des Schulwesens der status quo keinesfalls alsbald und unter Außerachtlassung des Willens der unmittelbar beteiligten Bevölkerung geändert werden solle.

Die württembergische Kirchenleitung wisse, daß gewichtige Kreise der evangelischen Eltern und Lehrerschaft in Württemberg-Hohenzollern dort die Bekenntnisschule erhalten wissen möchten. In Verhandlungen über die Schulform möge über diese Tatsache niemand einfach hinweggehen, auch wenn die gegenwärtigen Mehrheitsverhältnisse in der verfassungsgebenden Landesversammlung ein solches nicht sachgemäßes Verfahren möglich machen würde. Bei ihrer Stellungnahme in einem gemeinsamen Memorandum seien die Oberkirchenräte bestrebt gewesen, in der Schulfrage eine Formulierung zu finden, „die geeignet sein könnte, uns allen einen Schulkampf zu ersparen...“. Nicht nur in der Schulfrage, sondern für sämtliche die Neuordnung des Bundeslandes betreffenden Angelegenheiten habe man auf eine möglichst breite, tragfähige Basis abgezielt.

Sir Stafford Cripps †

Der Vater der Austerität

ZÜRICH. Der ehemalige britische Wirtschaftsminister und Schatzkanzler Sir Stafford Cripps ist in der Nacht vom Montag zum Dienstag in Zürich gestorben.

Sir Stafford Cripps, dem seine nüchterne und energische Haltung in Großbritannien den Namen „Eiserner Kanzler“ eintrug, ist vor allem durch die Pfundabwertung im Jahre 1949 und durch die Politik der Einschränkungen — Austerität —, mit der er die britische Zahlungsbilanz zu verbessern suchte, bekanntgeworden. Schwere Krankheit — Rückenmarkstuberkulose — zwang ihn im Oktober 1950 zum Rücktritt von seinem wichtigen Posten. Cripps war eine tief religiöse Natur und zeichnete sich durch schlichte Pflichterfüllung aus. In der Arbeit ruinierte er seine Gesundheit. Als er schließlich vom Amte zurücktrat und Hilfe bei Schweizer Ärzten suchte, war es zu spät.

„Noch zu schwach“

NEW YORK. Der Stabschef General Eisenhower, General Alfred Grunther, erklärte auf dem Jahrestreffen der Associated Press in New York, die Westmächte verfügten gegenwärtig noch nicht über genügend Streitkräfte, um einen „entschlossenen sowjetischen Angriff aufhalten zu können“, würden aber in einem Jahr bedeutend stärker sein. Die Kommandos der westlichen Verteidigungsorganisation in Nord-, Mittel- und Südeuropa hätten Pläne ausgearbeitet, die sie in die Tat umsetzen könnten, sobald eine Aggression erfolge.

Acheson kommt nach Europa

Ort und Termin der Unterzeichnung des Generalvertrages stehen noch nicht fest

BONN. Der amerikanische Außenminister Dean Acheson hat Bundeskanzler Adenauer in einem persönlichen Schreiben mitgeteilt, daß er Mitte Mai zur Unterzeichnung des Generalvertrages nach Europa kommen werde, verlautele gestern aus zuständigen deutschen Kreisen. Acheson wird danach am 8. Mai zu einem etwa zehntägigen Besuch in Europa eintreffen und während dieses Aufenthalts für die USA den Generalvertrag unterzeichnen.

In Regierungskreisen wurde in diesem Zusammenhang erklärt, die Verhandlungen über den Ort der Unterzeichnung seien noch nicht abgeschlossen; es stehe noch nicht fest, ob Bonn oder ein „neutraler“ Ort, etwa Den Haag gewählt würde. Vom Auswärtigen Amt verlautele, Acheson werde wahrscheinlich zu Gesprächen mit dem Kanzler nach Bonn kommen. Durchaus im Bereich der Möglichkeiten liege es, daß die Unterzeichnung des Vertrags selbst in Den Haag stattfindet, wo auch der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft möglicherweise unterschrieben werden solle.

Inzwischen laufen die deutsch-alliierten Verhandlungen über den Abschluß des Generalvertrages mit seinen Zusatzverträgen auf höchstem Niveau. Der Bundeskanzler und die alliierten Hohen Kommissare trafen Montagvormittag in Mehlis, dem Amtssitz des amerikanischen Hohen Kommissars McCloy zu ihrer 23. Arbeitstagung zusammen. Damit wurde die Schlußphase der seit September 1951 laufenden Verhandlungen zur Ablösung des Besatzungsstatus eingeleitet. Ab heute werden täglich Sachverständigengespräche über die Zusatzverträge zum Generalvertrag stattfinden.

Letzte Ministerratssitzung

Haushaltsfragen

JK STUTTGART. Montag nachmittag trat der Ministerrat des Südweststaates zu seiner 8. und voraussichtlich letzten Sitzung im Staatsministerium von Württemberg-Baden in Stuttgart zusammen. Es wurde der Nachtragshaushalt für das Land Baden für 1951 beraten und beschlossen, gegen den badischen

Wunsch, Planstellen für 26 Assistenten an der Freiburger Klinik und 40 Planstellen in der Finanzverwaltung zu schaffen, keinen Einspruch zu erheben. Einen Antrag von Württemberg-Baden für Vorweggenehmigung auf Grund des Nothausaltgesetzes für gewisse Zwecke in Höhe von etwa 70 Millionen DM wurde Zustimmung erteilt. Das Arbeitsergebnis eines Unterausschusses für Organisationsfragen hinsichtlich der Verteilung der Länderaufgaben auf die künftige vorläufige Regierung wurde der Verfassungebenden Landesversammlung zur Verfügung gestellt, hierbei u. a. empfohlen, Oberbehörden, höhere Gerichte usw. am Sitz der künftigen Landesregierung zu zentralisieren. An Stelle des an Koalitionsbesprechungen teilnehmenden Ministerpräsidenten Dr. Reinhold Maier unterrichtete der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates, Bundestagsabgeordneter Dr. Hermann Kopf (Baden), die Presse über den Verlauf der Beratungen.



Am Altonaer West-Kai wurde ein Hanomag-Raupenschlepper verladen, der dem Kreisbauamt Pinneberg für die Trümmerbeseitigung auf der Insel Helgoland zur Verfügung gestellt worden ist, eine Hilfe, die Schule macht. Eine andere Firma gab eine Viertel Million Ziegelsteine. Wenn Helgoland in absehbarer Zeit wieder allgemein zugänglich werden soll, müssen alle mithelfen

Deutscher Bericht vom letzten Krieg

Kurt von Tippelskirch. Geschichte des zweiten Weltkriegs. Athenäum-Verlag Bonn. 721 S., 28 DM.

Während von alliierter Seite und — natürlich — aus alliierter Perspektive eine ganze Anzahl, mitunter recht guter, historischer Teildarstellungen, aber auch schon Gesamtwerke über den Krieg von 1939 bis 1945 vorliegen, fehlte bisher eine solcher Versuch aus deutscher Feder. Was in den Schaufenstern liegt, sind Reportagen, Erinnerungsbücher, allenfalls subjektive Schilderungen bestimmter Phasen und Fronten, von den schwungvoll geschriebenen Berichten Jürgen Thorswalds, „Es begann an der Weichsel“ und „Das Ende an der Elbe“, über Dr. Speidels „Invasion 1944“ bis hin zu Guderians „Erinnerungen eines Soldaten“. Während drüben I. F. T. Fuller objektivierend Eisenhorns, Churchills, Badoglio und Weygangs Memoiren zusammenfaßte und wertete, steht auf der Seite der Unterlegenen allenfalls Wilhelm Stegmans breit angelegtes Werk „Der neue Weltkrieg“, das aber nur bis 1944 gedieh und zudem daran leidet, daß sein Verfasser noch nicht den nötigen Abstand gewinnen konnte. — Um so begründeter ist es, daß der Bonner Athenäum-Verlag nun eine von dem ehemaligen Generalstabler von Tippelskirch mit großem Fleiß zusammengetragene Gesamtgeschichte dieses globalen Ringens, einschließlich des Kriegs zur See und der pazifischen Kämpfe vorlegt. Der Verfasser bemüht sich darin um strenge Beschränkung auf das militärische Geschehen und streift die politischen Vorgänge nur insoweit, als sie sich unmittelbar auf den Kriegsschauplatz auswirkten.

Von Tippelskirch leitet mit einer kurzen „Situationsbeurteilung“ ein, um sich dann sofort dem Feldzug in Polen zuzuwenden. In den ersten Kapiteln, Polen- und Frankreichfeldzug, vor allem auch in der Schilderung des militärischen Schwebzustandes zwischen französischen Nieder-

lage und Beginn des Rußlandfeldzuges und noch in der Darstellung des Krieges in Rußland bis zum Rückschlag vor Moskau finden wir die stärksten Teile des Werkes. Während jener Jahre war der Verfasser Oberquartiermeister im Generalstab des Heeres, mit der Beurteilung der Feindlage befaßt, und so wie kaum ein zweiter Instandsetzer, sich einen Überblick von hoher Warte zu verschaffen. Zudem wurde ihm sein jetziges Werk dadurch erleichtert, daß damals noch — bis zum Jahre 1943 — die Kriegsjahrgänge der militärwissenschaftlichen Rundschau vom Oberkommando der Wehrmacht herausgegeben wurden. Mit dem Fortgang des Krieges — von Tippelskirch war dann nach eigenen Angaben Divisionär, Kommandierender General und schließlich Oberbefehlshaber einer Armee auf verschiedenen Kriegsschauplätzen — hat der Autor mehr und mehr mit der Fülle des Stoffes zu kämpfen (bezüglich des pazifischen Kriegstheaters bleibt die Darstellung leider fast ausschließlich auf die gängigen angelsächsischen Quellen angewiesen). Wieder einen gewissen Höhepunkt bildet aber dann die Schilderung des Zusammenbruches der deutschen Ostfront, wo v. T. sich auf Guderians für diese Phase ausgezeichnete Berichterstattung stützen kann. — Ein ziemlich nüchtern und solide wirkendes Werk im Stile eines Geschichtsbuches für höhere Schulen, adäquat in seiner vaterländischen Tendenz, aber ohne den Gedankenflug, der Fullers Buch zu einem intellektuellen Genuß und ohne die souveräne Ausgewogenheit, die Stegmans Geschichte des ersten Weltkrieges klassisch werden ließ.

Der gut ausgestattete Band erfährt eine Bereicherung durch die nicht über Gebühr ausgebreitete aber vollständige Zeittafel, ein Personen- sowie ein Ortsnamenverzeichnis und vor allem durch zahlreiche Lageskizzen in Text und besonders beigelegtes Kartenmaterial zu den einzelnen Feldzügen. hr.

Forderungen der Beamten

BONN. Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Oberregierungsrat H. Schäfer, verlangte gestern in Bonn für die rund eine Million Berufsbeamten im Bundesgebiet eine dauernde Ruhegehaltsfähige Gehaltserhöhung von 4 Prozent des Grundgehalts. Diese Erhöhung würde in der Jahressumme genau der Auszahlung eines halben 13. Monatsgehaltes entsprechen, die Bundesfinanzminister Schäfer als einmalige Leistung für die aktiven Beamten des Bundes bereits zugesagt hat.

Wanderbursche ersticht Weggenossen

Wangen/Allgäu. Ein 20jähriger Wanderbursche aus Gelsenkirchen verletzte in einem Waldstück bei Neuraubensburg, Kreis Wangen, seinen 46jährigen Weggenossen aus Lindenberg/Allgäu durch zwei Messerstiche in die Herzgegend so schwer, daß dieser kurz darauf seinen Verletzungen erlag. Der wenig später festgenommene Täter behauptete, er habe seinen Begleiter auf dessen ausdrücklichen Wunsch getötet. Wahrscheinlich handelt es sich aber um Raubmord, da er sich das Geld und den Mantel des Getöteten angeeignet hatte. Außerdem konnte der Ermordete vor seinem Tod noch vernommen werden; er besprach, den Burschen zu der Tat aufgefordert zu haben.

Katholisches Jugendtreffen in Friedrichshafen

Friedrichshafen. Am kommenden Sonntag wird in Friedrichshafen ein katholisches Jugendtreffen für das Bodenseegebiet unter dem Leitwort „Du bist verantwortlich“ stattfinden. Unter anderem werden der Bundestagsabgeordnete Dr. Kurt Kiesinger und Graf Neipperg das Wort ergreifen, Prälat Sedlmeier aus Rottenburg wird in einem Gottesdienst über die politische Verantwortung des Christen sprechen.

Einspruch gegen die „mittlere Filderlinie“

Stuttgart. Der Landesbeauftragte für Naturschutz, Prof. Dr. Schwenkel, hat nach Mitteilung der württembergischen Landesstelle für Naturschutz und Landschaftspflege gegen den Beschluß des Stuttgarter Gemeinderats, die „mit-

lere Filderlinie“ im Tal des Klein-Hohenheimerbachs zu bauen, Einspruch erhoben. Schwenkel beruft sich dabei auf den § 20 des Naturschutzgesetzes von 1935, das die Hinzuziehung der der Landesstelle übergeordneten Instanz bei der Beschlußfassung verlangt. Diese Instanz sei das Kultusministerium, das den Einspruch dem Innenministerium, Abteilung Technisches Landesamt, zur Entscheidung vorlegen wird.

„Neckarspüler“ verbessert Wiesen

Heilbronn. Mit einem Spezialschiff, dem sogenannten „Neckarspüler“, werden schon seit geraumer Zeit die Schifffahrtswege im unteren Neckar freigehalten. Der von dem Schiff geförderte Schlamm wird dann auf sauer gewordene Wiesengrundstücke gepumpt und damit ihre Fruchtbarkeit gesteigert. Mit Hilfe des „Neckarspülers“ sind schon viele Hektar Land für die landwirtschaftliche Nutzung aufbereitet worden.

Am Kaiserstuhl Bergbau eingestellt

Freiburg. Seit einiger Zeit muß der Bergbau auf das niobhaltige Mineral Koppit im Marmor des Badberges am Kaiserstuhl eingestellt werden, da die Franzosen keine Devisen mehr zur Verfügung stellen, um das Erz zu bezahlen. Seit drei Jahren wird der Koppit von einer deutsch-französischen Gesellschaft abgebaut, nach Thann im Oberelsaß verfrachtet, wo in einem großen chemischen Werk das seltene Metall Niobium isoliert wird, mit dem z. B. Düsenrohrfähle gefertigt werden. An der Gesellschaft hat der badische Staat 70 Prozent, die französische Firma 30 Prozent Anteile.

Arterienverkalkung und hoher Blutdruck

mit ihren quälenden Begleiterscheinungen wie Herzrasche, Schwindelgefühl, Nervosität, Reizbarkeit, Ohrensausen, Zirkulationsstörungen, allgemeine geistige und körperliche Leistungsabnahme werden seit vielen Jahren durch **Antisklerosin-Dragees** bekämpft. **ANTISKLEROSIN** enthält heilkräftige, blutdrucksenkende, herzregulierende Kräuterextrakte und -extrakte, eine seit vierzig Jahren bewährte Blausalz-Komposition sowie Melatonin, das die Adernwände elastischer macht. Das 100 000-fach erprobte **ANTISKLEROSIN** greift die Beschwerden gleichmäßig von mehreren Seiten her wirkungsvoll an. 50 Dragees DM 1,45, Kurpackung 360 Dragees DM 11,50. In allen Apotheken.

Zu dick?

Die richtige Idee: **trink RICHTIGES**. Erntetete, entwässert das Gewebe, regt die Drüsen u. Darmtätigkeit an. Erhält, auch als **DRIX-DRAGEES**, 2,-/3,25DM i. Apoth. u. Drog.

Wer braucht Werkzeuge? Werkzeugkatalog gratis. Westfalia-Werkzeuge, Hagen 148 I. W.

Verschiedenes

120 Strumpfpommes, Ein- und Doppel-Zylinder 7-18, 20-24 und 28er-Tg., 2-4", Hilscher, Komel, Boeckneck, Scott-Williams, LL-Wendepf., Längstr., usw. 12 St. Maxim-Stütze, 20, 30 u. 32", mit pat. Naht; dazu pass. Anfuß-Näh-Rund- u. Flachkettenmasch., preiswert zu verk., evtl. Zahlungserleichterung. Zuschr. unter G 6735 an die Geschäftsstelle

Wissen Sie schon

daß der **„SCHLAUE FUCHS“** wieder an allen Anschlagtafeln klebt?

Jetzt wird's Zeit, wenn Sie an den Gewinnen von 1000 bis 50000 oder an einem 100000er, wie er alle 14 Tage ausgespielt wird, am Hauptgewinn mit 300000,- DM, an der Prämie mit 200000,- DM oder gar am Höchstgewinn der Schlußklasse mit 500000,- DM beteiligt sein wollen. Monatlich nur eine Zahlung, aber vier Ziehungen. Am 8. und 9. Mai Ziehung 1. Klasse.

Lose und Prospekte bei allen Staatl. Lotterie-Einnahmen,

REDER Staatl. Lotterie-Einnahme **TUBINGEN**
Einnahme **Wilhelmstraße 8**
Postcheckkonto Stuttgart 9140

Südd. Klassenlotterie 1/4 3,-, 1/4 6,-, 1/4 12,-, 1/4 24,-
VERSAND mit Zwischenklasse je 1/4 1 DM mehr Stuttgart 8
mit Zahlkarte Marktstraße 6
und Plan **Schweickert** Postcheck Stuttgart 8111

Staatl. Lotterie-Einnahme **Freudenstadt, Murgialstr. 10**
Noch greifbar Nr. 35 231-50, 140 076-100, 219 151-75
Preis 4 DM für 1/4 Los, erbelen auf Postsch.-Kto. Stuttgart 1316

FRANCK

DAS GUTE GEWÜRZ FÜR IHREN KAFFEE A LA TURK!

Herzangst rasch behoben!

Meine Frau leidet sehr an Herz und Nerven. Ofters wird sie nicht wach und bekommt es mit der Angst zu tun. Dann gebe ich ihr Klosterfrau Melisengeist. Nach etwa 10 bis 15 Minuten ist alles wieder gut.“ So schreibt Herr Heinrich Hoffels, Beudl bei Bonn, Bonner Straße 48. Ist es nicht erfreulich, ein Mittel zu haben, das bei nervösen Herzbeschwerden — der großen Gefahr unserer unruhigen Zeit — so rasch helfen kann? Ja; der echte Klosterfrau Melisengeist, der ist heute wie seit über 100 Jahren das vertrauenswürdigste Hausmittel für Kopf, Herz, Magen, Nerven!

Klosterfrau Melisengeist, in der blauen Packung mit 3 Noppen, ist in allen Apotheken u. Drogerie erhältlich. Denken Sie auch an Aktiv-Puder!

Möbelwerkstätte

Welcher leistungsfähige Betrieb mitl, Umfangs hat Interesse an seriöser Herstellung von Klein- u. Anbaumöbeln? Laufende Beschäftigung u. prompte Bezahlung zugesichert.

Angebote unter G 6735 an die Geschäftsstelle

„Für mich nur die TEXAS“

sagt **ALFRED FAUST**, Taucher und Unterwasser-Kameramann: „Das Unterwasser-Photographieren erfordert einen enormen Aufwand an Nerven und körperlicher Leistung. In den Pausen habe ich dann immer nur einen Wunsch: schnell eine Texas her. Sie ist und bleibt die Zigarette, die mich am meisten von allen anspricht und die mir außerdem glänzend bekommt.“

TEXAS

DUFT UND SÜSSE VIRGINIAS

W 01205

Genehmigungspflichtig

Beschäftigung von Ausländern

TÜBINGEN. Es besteht Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß nach geltendem Recht nach wie vor Arbeitgeber ausländische Arbeitnehmer nur mit einer besonderen Genehmigung beschäftigen dürfen.

Keine Höchstpreise für Schrott mehr

FRANKFURT. Das Bundeswirtschaftsministerium hat am Dienstag die Höchstpreisvorschriften für Schrott und Gußbruch aufgehoben.

Anschluß an neue Ernte erreicht

BONN. Der Anschluß an die neue Ernte ist mit den vorhandenen Beständen und mit den fest zugesagten Einfuhren gesichert.

Währungsausgleich für Vertriebene

TÜBINGEN. Wie schon ausführlich gemeldet, ist das Gesetz über den Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebenen am 1. April in Kraft getreten.

Börsen: Geringe Umsätze

An den Börsen in der Bundesrepublik kam es am Montag nur zu geringen Umsätzen.

Deutschland schlägt alle Mailänder Rekorde

Gute Geschäftsanbahnungen für 1100 westdeutsche Firmen / DDR mit „Privatständen“ vertreten

Von unserem Mailänder Korrespondenten Carlo G. Maudt

MAILAND. Die Bundesrepublik hat über 75 Prozent der Güter liberalisiert, die italienische Republik dagegen ist bei 98 Prozent angelangt.

Textilien und Schuhe wenig gefragt

Schwacher Saisonanstieg im Einzelhandel / Nahrungs- und Genußmittel gleichbleibend

Schon seit einiger Zeit lassen die Umsätze des Einzelhandels erkennen, daß die Bevölkerung auf verschiedenen Bedarfsgebieten mit ihren Einkäufen im Vergleich zu 1950 und 1951 zurückhaltender geworden ist.

auch bei Möbeln. Während die Möbelgeschäfte im vergangenen Jahr noch stetig steigende Umsätze aufwiesen, wird seit Anfang dieses Jahres von der Bevölkerung merklich weniger für Möbel ausgegeben.

Als Hauptgrund für die nachlassende Kaufkraft kommt in erster Linie die allgemeine konjunkturelle Spannung in Frage.

Entwicklung der Einzelhandelsumsätze

Table with 5 columns: Branche, Prozentuale Veränderung der Umsätze im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat (November 1951, Januar 1952, März 1952), Veränderung der verkauften Mengen im März 1952 in % vom März 1951.

Am stärksten und nachhaltigsten ist der Umsatzrückgang bei Textilien und Schuhen. Hier kann man schon seit Monaten beobachten, daß längst nicht mehr so viel gekauft wird wie noch vor ein oder zwei Jahren.

nur 6 Prozent waren. Der übliche Saisonanstieg im Frühjahr scheint in diesem Jahre, wenigstens bisher, in starkem Maße durch die abflauende Konjunktur abgeschwächt zu sein.

Ein halber Monatsgehalt

Hilweis für Angestellte im öffentlichen Dienst. Es besteht Veranlassung, auf die wichtigsten Bestimmungen der neuen Tarifvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder und der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände einzugehen.

Höchste Zeit

Werkhandel wird beschränkt

w-t. BONN. Ein neues Bundesgesetz soll dem Werkhandel Einhalt gebieten. Über die vielumstrittene Frage haben in den letzten Wochen Verhandlungen mit dem Groß- und Einzelhandel, die energisch nach einer Beschränkung verlangen, und mit den Gewerkschaften, die wegen des Preisdrucks auf den Handel einen größeren Werkhandel nicht ungerne sehen, sowie auch mit der Industrie stattgefunden.

bb. In der landläufigen Meinung schneidet der Werk- und Behördenhandel oft viel besser ab, als es im Interesse aller dienlich ist.

Zur Information

Gegen die sofortige Eisenpreisfreigabe spricht sich, nach einer Mitteilung der Handwerkskammer Reutlingen, das Handwerk aus.

Saisonfestpreise oder Mindestpreise für bestimmte Nahrungsmittel werden von der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels abgelehnt.

Westdeutschlands Erdölreserven belaufen sich nach neuesten Berechnungen des Amtes für Bodenforschungen in Hannover auf 49,71 Millionen t.

Für den freien Samstagnachmittag im Einzelhandel hat sich erneut die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) ausgesprochen.

lge Ausgleichszahlung in Höhe einer halben Monatsvergütung.

Die Monatsvergütung besteht aus: Grundvergütung, Wohnungsgeld, örtlichem Zuschlag, Kindergeld und Ausgleichszahlung.

Die Ausgleichszahlung wird berechnet aus der Vergütung des ganzen Monats Juni 1952, auch wenn der Angestellte in der Zeit vom 1. bis 15. Juni eingestellt wurde.

Angestellten, deren Dienstverhältnis am 15. Juni 1952 besteht und

- a) die erst nach dem 1. Januar 1952 eingestellt sind,
b) deren Dienstverhältnis von vornherein befristet ist und nicht während des ganzen Jahres 1952 besteht,
c) die am 15. Juni 1952 ohne Bezüge beurlaubt sind, aber vorher im Dienst waren, wird die Ausgleichszahlung nur anteilig für diejenigen Monate des Jahres 1952 gewährt, für die sie eine Vergütung oder Krankenbezüge oder Wochengeld erhalten.

Quer durch den Sport

Evers und Thiedemann erfolgreich

In Rom einen 4. und 1. Platz belegt

Beim 21. internationalen Reit- und Springturnier in Rom gewann der französische Leutnant du Breuil auf „Tourbillon“ den „General Dodi Preis“.

Nach dem bisherigen Verlauf des römischen Reit- und Springturniers sind die Fachleute fast übereinstimmend zu der Ansicht gekommen, daß Frankreich, Mexiko und Deutschland die stärksten Mannschaften stellen.

Jugendhandballturnier in Tübingen

Die TSG Tübingen führt am 1. und 2. Juni (Pflingsten) ihr zweites landesoffenes Jugendhandballturnier der A-, B- und C-Jugend durch.

feuer ein Kameradschaftsabend veranstaltet. Nähere Einzelheiten sind bei Kurt Kocher, Tübingen, Albrechtstraße 2, Telefon 3424, zu erfahren.

Kurz berichtet

Bei einem Autorennen in Dayton (USA) sind am Sonntag vier Menschen getötet und 42 Zuschauer verletzt worden.

Bei der Toto-Hauptstapelung Tübingen war im letzten Wettbewerb wieder ein Baugeldanteil in Höhe von 3900 DM zu verzeichnen.

Deutschlands bekannte und einzige Diplomfuchmeisterin, Frau Elisabeth Rudolph-Kyritz, die in den letzten Jahren mit großem Erfolg den südwürttembergischen Fuchtsport betreute, wird einer Einladung des argentinischen Olympischen Komitees Folge leisten und Deutschland verlassen.

Die deutsche Mannschaft für die Segelflugmeisterschaften in Spanien wird ihr Trainingslager vom 28. Mai bis 4. oder 7. Juni in Freiburg aufschlagen.

Totogewinne

West-Süd-Block: Zwölferwette: 1. Rang je 4145,30, 2. Rang je 134,80, 3. Rang je 11,60; Zehnerwette: 1. Rang je 710,20, 2. Rang je 29,80, 3. Rang je 2,20 DM. Gesamtumsatz West-Süd-Tote: 4 236 988,25 DM.

Nord-Süd-Block: Eiferwette: 1. Rang je 1062, 2. Rang je 21,90, 3. Rang je 3,68 DM. Dreizehnerwette: 1. Rang je 7625,90, 2. Rang je 145,90, 3. Rang je 10,60 DM.

Advertisement for Rasier-Dich ohne Qual mit Punktal, featuring an image of a razor.

Advertisement for Sommerpraxis Merzweid, featuring an image of a bicycle.

Advertisement for Vaterland Markenräder, featuring an image of a bicycle.

Advertisement for Schmerz-Bionellen, featuring an image of a person in pain.

Advertisement for Gutscheine, featuring an image of a coupon.

Advertisement for Schlank auf gesunde Art durch Gelbe Dropf, featuring an image of a swan.

Advertisement for Schwanenweiße Wäsche durch Dr. Thompson's Wasch-Pulver, featuring an image of a swan.

Advertisement for Stellenangebote, featuring an image of a horse.

Advertisement for Verkäuferinnen, featuring an image of a woman.

Advertisement for Sie sparen in d. Primus-Sparkochpl., featuring an image of a Primus stove.

Advertisement for Arbeitspferde, featuring an image of a horse.

Advertisement for Friedrich Weber, featuring an image of a horse.

Advertisement for Mädchen, featuring an image of a woman.

Large advertisement for Jaitz, featuring an image of a woman and text about stock exchange and clothing.

